Berlin. (Reichstagsschluß.) An der Debatte betheiligen sich noch Bamberger, Staatssecretär Schelling und Perrot. Die Vorlage wird an eine Commission überwiesen.

Kairo. Die ganze Umgebung Khartums ist im Aufstand, trotzdem die Lage Gordon's nicht beunruhigend.

Paris, 24. März. Boulevard. 3% Rente —, Anleihe 106,80, Italiener —, Türken 8,65, Türkenloose 41,50, Spanier 61,56, Egypter 341,00, Ottomanen 619,09, Franzosen —, Lombarden —, Ruhig.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Nach Redactionsschluß:

In der gestern Abend stattgefundenen Versammlung des hiesigen Gewerbevereins fand die definitive Wahl des Vorstandes statt. Als erster Vorsitzender desselben ging Herr Professor Weißbach siegreich (mit 452 von 501 Stimmen) aus der Wahlurne hervor. Als erster Stellvertreter fungirt künftig Herr Kunstmöbelfabrikant Friedrich, als zweiter Herr Handelskammersecretär Steglich.

Wollene Schlafdecken,
grösstes Lager am Platze, in allen Qualitäten.
Empfehlenswerth: **Naturwolldecken**
von M. 8,75 an. Preiscourant gratis und franco.
W. Metzler, 15 Altmarkt 15. Bitte genau auf Firma zu achten.

Neue elegante **Anzugs-** und **Paletotstoffe** für Herren.
J. Unbescheid & Söhne
Damen-Paletot- und Regenmäntel-Stoffe.
Für Kinder billige, feste Stoffe.
Schreibergasse 21.

Gardinen
weiss und **crême,** das Fenster v. 3–100 M. empfiehlt in enormer Auswahl (im Einzelnen zu Fabrikpreisen) das **Gardinen-Special-Hauptgeschäft Dresdens**
Waisenhausstr. 25 (im Hause des Victoria-Salon).

Fabrik-Etablissement einfacher u. eleganter Kinder-Garderobe von Alexander Philipsohn, Waisenhausstraße 7, Halb-Etage.
Wegen der zum 1. April stattfindenden Verlegung des Geschäftslokals nach **Pragerstrasse 6,** werden sämmtliche Gegenstände des Lagers zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft. | Für **Knaben: Confirmanden-** u. **Schul-Anzüge** etc. | Für **Mädchen: Confirmanden-Jaquets, Kleider** etc. | **Anfertigung nach Maass.** Auswahlsendung bereitwilligst.

Nr. 85. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 25. März: Unbestimmter schwacher Wind, veränderl. Bewölkung, etwas Niederschlag, Temp. wenig verändert. | Dresden, 1884. **Dienstag, 25. März.**

Abonnement.

Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten" bitten wir das Abonnement für das zweite Quartal 1884 baldigst erneuern zu wollen, damit wir die Nummern ohne Unterbrechung weiter liefern können.

Die Postanstalten des Deutschen Reichs und Auslandes nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Abonnement in Dresden bei unserer Expedition (incl. Bringerlohn) 2 Mark 50 Pf. vierteljährlich, bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet 2 Mark 75 Pf., in der Oesterreich-Ungarischen Monarchie 2 Gulden 20 Kreuzer excl. Agiozuschlag.

Expedition der „Dresdner Nachrichten", Marienstr. 13.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

In all den Ansprachen und Erwiederungen aus Anlaß des Kaiserlichen Geburtstages fand sich keinerlei politisches Moment. Das rein Menschliche: Freude und Hoffnung auf Seite der Beglückwünschenden, Dank seitens des gefeierten Jubilars, herrschte durchaus vor. Eine Ausnahme bildet die Antwort des Kaisers an das Reichstags-Präsidium. Der Kaiser ist den Verhandlungen des Reichstages über das Sozialistengesetz eingehend gefolgt, davon aber nicht sonderlich erbaut. Er erinnerte die Präsidenten v. Levetzow, v. Franckenstein und Hoffmann „sehr nachdrücklich" an die Vorgänge, die den Erlaß des Sozialistengesetzes veranlaßten. Dies waren bekanntlich die Attentate von Hödel und Nobiling. Leider sei ihm gleich der Beginn des neuen Lebensjahres durch die Reichstagsdebatten über das Sozialistengesetz, für welches er selbst geblutet habe, verbittert worden. Nun hat seiner Zeit die Sozialdemokratie mit größtem Eifer und in lebhafter Entrüstung dagegen protestirt, daß man ihr diese Attentate in die Schuhe schiebe und es ist auch im Laufe der Untersuchungen keine Spur eines directen Zusammenhanges zwischen jener Partei und den Meuchelmördern nachgewiesen worden. Wohl aber war der Gedanke, der 1878 ganz Deutschland beherrschte, der: die systematische Agitation der Sozialdemokratie, ihr unablässiger Ansturm gegen alle und jede Autorität, ihre Verhetzung der Gesellschaftsklassen, die ganze Zügellosigkeit ihres Auftretens in der Presse, in Versammlungen und Parlamenten erzeugt zuletzt jene Verwirrung in den Köpfen, daß einzelne Fanatiker dann zu Verbrechern werden. Um diese Ausschreitungen der Sozialdemokratie zu unterdrücken, schritt man zum Erlasse des Sozialistengesetzes. Dem Kaiser Wilhelm, der vor 6 Jahren unter der Schrotsalve Nobiling's zusammenbrach, erneuern sich natürlich bei jedem seiner Geburtstage die Erinnerungen an jene Zeit mit besonderer Lebendigkeit. Es ist recht zu begreifen, wie es ihn befremdet, daß im Reichstage nicht das Gleiche der Fall ist. Die Verwunderung des Kaisers hierüber richtete sich direct an die Präsidenten v. Franckenstein und Hoffmann, die Vertreter des Centrums und der Fortschrittspartei, von denen erstere Partei sich die Entscheidung über das Sozialistengesetz vorbehält, die Letztere aber aus Doctrinarismus oder ärmlichem Eigennutz gegen dessen Erneuerung ist. Die beiden Herren werden gut thun, von dieser Situation ihre Parteigenossen zu unterrichten!

Der Abg. Hänel gab zu erkennen, daß er unter Umständen wohl bereit sei, einer Verschärfung des Strafgesetzbuches zuzustimmen, um die wirklichen und faßbaren Uebergriffe der Sozialdemokratie zu treffen — nur solle man nicht den Boden des gemeinen Rechtes verlassen. Das ist ein sehr einladender Gesichtspunkt und wenn eine Wortfassung möglich wäre, welche den beabsichtigten Zweck erreichen ließe, so würden alle Parteien sofort zugreifen, um die so üble Ausnahmegesetzgebung zu vermeiden. Man erinnert sich der Vorschläge, die in dieser Richtung hin bereits gemacht wurden, als es sich um das jetzige Sozialistengesetz handelte. Damals schlug man von unzweifelhaft freisinniger Seite mehrere Verschärfungen des gemeinen Rechtes vor. Es ergab sich aber, daß damit zugleich die schwersten Gefahren für jede öffentliche Erörterung politischer und sozialer Fragen eintreten müßten. Eine Autorität ersten Ranges, unser Mitbürger Dr. v. Schwarze, hat 1878 in der Kommission für das Sozialistengesetz unwiderleglich nachgewiesen, daß eine Ergänzung des Strafgesetzbuches, wenn sie auf dem Boden des gemeinen Rechtes wirklich der sozialdemokratischen Agitation hinderlich sein soll, zugleich auch die größten Gefahren für die allgemeine Freiheit mit sich bringt, daß man also lieber ein Ausnahmegesetz erlassen solle, durch welches doch nur diejenigen Leute getroffen werden, die wirklich eine Ausnahmestellung im Staate einnehmen. Es ist inderthat nicht einzusehen, warum alle anderen Parteien die Sünden der Sozialdemokratie ausbaden sollen? Keine andere Partei greift schließlich die Stützen des Staats und der Gesellschaftsordnung an. Es ist doch eine einfache Wahrheit, daß der Staat das Recht haben muß, diejenigen, die ihn selbst verneinen, als Ausnahme zu behandeln. Das will die fortschrittliche Prinzipienreiterei umsoweniger einsehen, als die selbstsüchtige Politik dieser Partei durch Liebäugeln mit den Sozialdemokraten bei den Wahlen die Stimmen derselben mitunter zu fischen hofft. Die Repressivmaßregeln des Sozialistengesetzes in Verbindung mit den positiven Vorschlägen zur Sozialreform beruhen auf gesunden therapeutischen Grundsätzen, die, wenn auch nur langsam, doch sicher zur Heilung der gesellschaftlichen Schäden führen werden.

Ist der Kaiser nicht zufrieden mit der Sozialistengesetzdebatte selbst, so hat auch das Volk nicht sonderliche Ursache, sich über die Aeußerlichkeiten dieser Verhandlungen zu freuen. Der Lasker ist todt, aber die Lasker leben. Im Reichstage führen fast nur die Juden das Wort. An drei Tagen, am 14., 15. und 17. März sind im Ganzen, einschließlich der Vertreter der Bundesregierungen, 19 Redner zu Worte gekommen, darunter von dem auserwählten Volke 7, nämlich Bamberger und Hirsch je 2 Mal, Löwe, Sonnemann und Kayser einmal. Die stenographischen Berichte über jene 3 Sitzungen umfassen 68 Druckseiten, davon redete Bamberger 12, Hirsch 9, Kayser 7, Sonnemann 5, Löwe 4 Seiten, zusammen 37, also mehr als die Hälfte des Umfangs aller Reden. Rechnet man von jenen 68 Seiten noch die auf die Reden der Bundesräthe entfallenden 10 Seiten ab, so bleiben für Abgeordnete deutscher Abkunft nur 20 Druckseiten. Das heißt denn doch die Geduld etwas zu sehr mißbrauchen. Lasker wäre lange nicht der „berühmte" Mann geworden, wenn er sich nicht so vorgedrängt hätte. Andere besitzen eben diese edle Dreistigkeit nicht und daher kommt es, daß heute dieses Schlages die Tribüne beherrschen, so daß das Publikum wirklich glaubt: es müsse etwas hinter ihnen stecken, sonst könnten sie nicht so die erste Geige spielen. Nicht doch! Sie lassen eben Niemanden anderes heran! Das Bedenkliche hierbei aber ist, daß in seinen 3 Sitzungen es sich um soziale Gesetzgebungsvorlagen handelte und da gerade die Verbindung der goldenen mit der rothen Internationale wesentlich die Zerrüttung der gewerblichen Verhältnisse bewirkt, zur Zerstörung des gesellschaftlichen Friedens beigetragen hat und die eigentliche allgemeine Gefahr darstellt, so wäre es viel richtiger gewesen, die sozialen Fragen wären mehr von Rednern behandelt worden, deren Geist nicht in den Sätzen des Talmud geschult ist. Ueber „Intoleranz" und „Unterdrückung" ist wahrlich nicht zu klagen.

Die italienische Ministerkrisis hat den von aller Welt vorausgesehenen Ausgang genommen: Depretis ist sein eigener Nachfolger geworden. Andere gehen, er bleibt. Depretis bildet ein neues Ministerium unter Ausscheidung der besonders unbeliebten Minister. Namentlich wird er Baccelli über Bord, der durch sein famoses Universitätsgesetz den ersten Anstoß zur Ministerkrisis gegeben hat. Dieser kehrt zu seiner ärztlichen Praxis unmolierer zurück, da sie ihm mindestens das Dreifache des Ministergehalts einbringt. Depretis war schon um so unentbehrlicher als Ministerpräsident, da er augenblicklich der einzige bedeutendere Staatsmann Italiens ist. Sella ist todt, es bleibt nur noch Depretis übrig. Italien leidet zur Zeit ebenso Mangel an hervorragenden Staatsmännern, wie an guten Sängern. Depretis aber ist ein Greis von 71 Jahren und kränkelt häufig. Die nunmehr beendete italienische Ministerkrisis war nur für Italien, nicht für das Ausland von Bedeutung.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 24. März.

Berlin. Reichstag. Präsident v. Levetzow theilte mit, daß das Präsidium in Ausführung des ihm ertheilten Auftrages Sr. Maj. dem Kaiser die Glückwünsche des Reichstages überbracht habe und vom Kaiser beauftragt sei, dem Hause dafür zu danken. Die mit der Schweiz wegen gegenseitiger Zulassung der an der Grenze wohnhaften Medizinalpersonen zur Ausübung der Praxis abgeschlossene Uebereinkunft, sowie der Gesetzentwurf betreffend die Kontrole des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für 1883/84 werden in 3. Berathung genehmigt. Dann wird in die erste Berathung des neuen Actiengesetzes eingetreten. Perrot beantragte wegen zu schwach besetzten Hauses und in Anbetracht der Wichtigkeit des Gegenstandes Auszählung des Hauses. Dem Antrag konnte indeß aus Gründen der Geschäftsordnung nicht stattgegeben werden. Herwitz (Fortschritt) charakterisirte die Vorlage als ein Werk von hoher wissenschaftlicher Bedeutung, doch könne dieselbe nur als Grundlage eines neuen Aktienrechts gelten, da dasselbe große Bedenken insbesondere bezüglich der Kommanditgesellschaften auf Aktien darbiete. Er empfiehlt Verweisung an eine Kommission. Büsing (nationalliberal) erkennt den Grundgedanken der Vorlage an. Dieselbe gehe aber vielfach zu weit und stelle die Aktiengesellschaften selbst in Frage. Die Bestimmungen über den Aufsichtsrath machten es anständigen Menschen unmöglich, einen Aufsichtsrathsposten zu übernehmen. Es bedürfe eines großen Entgegenkommens Seiten der Regierung, wenn etwas Brauchbares zu Stande kommen solle. Reichensperger-Olpe äußert sich günstig über die Vorlage, findet aber, daß die formale Seite zu sehr, die materielle zu wenig ins Auge gefaßt sei. Er wünscht insbesondere, daß der Tantiemewirthschaft und die Unterbringung der Verwandten und Freunde in den Verwaltungsorganen besser begegnet werde. Dr. Hartmann befürwortet die Vorlage unter Betonung der Nothwendigkeit einer Aktienreform und schließt sich Reichensperger darin an, daß der Entwurf in gewisser Beziehung nicht streng genug sei. Die Befürchtung, daß es an anständigen Leuten fehlen werde, welche zur Leitung von Aktiengesellschaften sich hergeben, scheine ihm etwas nervös. Eine Mißgunst gegen die Aktiengesellschaften erblicke er in dem Entwurfe nicht.

Berlin. Das Herrenhaus nahm die Hannover'schen Verwaltungsgesetze mit wenigen Modifikationen an. Das Abgeordnetenhaus erledigte Petitionen. Zu lebhaften Klagen gab hierbei die Oderregulirung Anlaß, durch welche die Adjacenten infolge einseitiger Berücksichtigung der Schiffahrtsinteressen geschädigt würden. Ganze Felder würden durch den Stromlos gerissen, ganze Dörfer verarmten.

Mecklenburg-Schwerin. Herzog Paul Friedrich hat für sich und seine Descendenz auf alle Erbrechte verzichtet, dergestalt, daß seine nachgeborenen Brüder mit deren Descendenz ihm und seiner Descendenz vorgehen, nach deren Aussterben jedoch das Erbrecht des Herzogs und seiner Descendenz wieder in Kraft tritt unter der Bedingung, daß die Erbfolgeberechtigten zur protestantischen Kirche überzutreten haben.

Petersburg. Der deutsche Botschafter, Generalleutnant v. Schweinitz, ist nach dem Auslande abgereist, um einige Wochen bei seiner Familie zu verleben; während dieser Zeit ist die Führung der Botschaft dem Grafen Bismarck übertragen.

Paris. Der frühere gambettistische Minister Paul Bert hielt gestern zum Besten der Genossenschaft der Bahnbeamten einen Vortrag über die nationale Armee, worin er der Träumereien von Frieden spottete und absolute Gleichheit der Heerespflicht für alle Bürger forderte. Er schloß: Dann erst wird Frankreich seine Nationalarmee haben. Wie gewaltig wird diese dann vor allen anderen tapfere, seit Jahrhunderten kriegsgewohnte Race sein, deren militärische Größe durch unverdientes Unglück verdunkelt wurde, wenn die große Nation endlich alle ihre Kinder im Waffenhandwerk geschickt sehen wird. Angesichts einer solchen Gewalt im Dienste des Rechts wird Europa zweifellos einsehen, es sei endlich Zeit, eine friedliche Lösung der berechtigten Rückforderungen zu suchen. Dann werden Haß und Bitterkeit vergessen sein und Frankreich wieder in den Besitz des Seinigen gelangen, umgeben von all seinen Kindern, wird es die Organisatoren der Nationalarmee segnen. — Die Colonie Reunion petitionirt um Annexion Madagaskars. Ferry wäre nicht abgeneigt, in Tonkin verfügbar werdende Truppen nach Anarantsoo (der Hauptstadt) marschiren zu lassen; Admiral Peyron widersetzt sich jedoch lebhaft diesem Plan, dessen Ausführung seines Erachtens mindestens 12,000 Mann erfordert.

Frankfurt a. M., 24. März. (Schluß.) Creditactien 253½, Staatsbahn 348½, Lombarden 121½, Ung. Loose —, Galizier —, Silberrente —, Papierrente —, Galizier 92¼, Ceverr. Goldrente —, 4% Ung. Goldrente —, 5% Russen —, Ost Russen —, 2. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanleihe —, 3. Orientanleihe —, Ungar. Papierrente —, Disconto —, Egypter 97½, Wechselhalt —, Matt. Ruhig.

Wien, 24. März. Credit 322,10, Franzos. 286,50, Lombarden 144,50, Marknoten 58,05, Napoleons 9,57½, Ung. Credit 328,75, Ultimo —, Ruhig.

Paris, 24. März. (Schluß.) Rente 82,05, Anleihe 106,77, Italiener 91,90, Staatsbahn 662,50, Lombarden 280,00, 4% Prioritäten —, Egypter 342, Oesterr. Goldrente —, Spanier 61,56, Ottomanen 620, fest.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König ist in Begleitung des Schwagers seines erlauchten Bruders, des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern, in der Nacht zum Montag 12 Uhr 37 Min. von Berlin hier eingetroffen. Die hohen Herrschaften ließen sich sofort über das Befinden Sr. Königl. Hoh. des Prinzen Georg Bericht erstatten, der erfreulicher Weise sehr günstig lauten konnte. Gestern Vormittag statteten sie dem Patienten persönliche Besuche ab und konnten sich selbst von der fortschreitenden Besserung überzeugen. Am Nachmittage unternahm der König in Begleitung seines fürstlichen Besuches einen Rundgang durch die Stadt und bewegte sich mitten durch das Marktgewühl, von Einheimischen wie Fremden überall ehrfurchtsvoll begrüßt.

— Am Kgl. Hofe fand gestern Nachmittag, wie das „Dr. J." mittheilt, eine größere Hoftafel statt, zu welcher der Kommandeur der Kavalleriedivision, Generallieutenant Senfft von Pilsach, der Director des Kgl. Polytechnikums, Geh. Rath Dr. Zeuner, Generalmajor v. Holleben, die Senatspräsidenten des Oberlandesgerichts, Rockh und Dr. Winter, Landgerichtspräsident Wehinger, Oberpostdirector geh. Postrath Schuschner, Director Edelmann, die Mitglieder beider Kammern der Ständeversammlung ꝛc. zugezogen worden sind.

— Auch das gestrige Bulletin weiß von dem hohen Patienten nur Erfreuliches zu berichten. Dasselbe lautet: „In der vergangenen Nacht haben Se. K. H. Prinz Georg gut geschlafen. Der Maternausschlag ist nur noch stellenweise sichtbar. Kein Fieber. Appetit und Allgemein-Befinden gut." Hierbei sei bemerkt, daß die Prinzessin Mathilde, nachdem sie ihre Geschwister in das Königl. Schloß geleitet hatte, wieder zur Pflege ihres erlauchten Vaters in das Palais auf der Langestraße zurückgekehrt ist und sich seitdem in treuer Hingebung der Pflege des Patienten widmet.

— Durch die Krankheit S. K. H. des Prinzen Georg ist auch eine sehr wichtige Angelegenheit verschoben worden, nämlich die Veränderung im Kommando des XII. Armeekorps. Es besteht höheren Orts die Absicht, dem Prinzen die Inspektion des 3., 5. und 6. Armeekorps anzutragen und den General von Montbé in Leipzig zum Korps-Kommandanten zu ernennen. Es steht zu hoffen, daß die Kgl. sächs. Truppen auch fernerhin von einem sächsischen General befehligt werden, an der Treue zu Kaiser und Reich steht Sachsen gewiß nicht an letzter Stelle unter den Mittelstaaten, doch aber ist es jedem Sachsen Herzenssache, einen Sohn des Vaterlandes zum Kommandeur zu haben.

— Auch der Oberst von Hodenberg, Kommandeur des Grenadier-Regiments Kaiser Wilhelm, hatte sich zur Beglückwünschung des erlauchten Chefs dieses Regiments nach Berlin begeben.

— In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer gelangte zunächst der Antrag der Abgg. Vicepräsident Dr. Pfeiner und Käuffer über das Gesundheits-Museum zur anderweitigen Berathung, und zwar beantragt Ref. von Oehlschlägel, den Beschlüssen der 1. Kammer zuzustimmen. Nachdem Abg. Käuffer bei dieser Gelegenheit seine Verwunderung ausgesprochen, daß das Institut der deutschen Heilstätte in Loschwitz in weiteren Kreisen so gut wie unbekannt geblieben sei, obgleich es eine größere Beachtung sehr wohl verdiene, wird der Antrag der Deputation angenommen. Es folgt sodann die Berichterstattung über die Resultate des Vereinigungsverfahrens betreffs der Eisenbahn-Petitionen. Hier beantragt die Deputation (Ref. von Boße), auf den gefaßten Beschlüssen stehen zu bleiben. Die Abgg. Ackermann, Dr. Heine, Philipp und Mayn bedauern, daß eine Einigung nicht zu erzielen gewesen, letzterer erklärt das Verfahren der 1. Kammer geradezu für unkonstitutionell. Abg. von Oehlschlägel bedauert im Interesse der 1. Kammer selbst, daß diese in diesem Falle ein Verfahren eingeschlagen habe, welches sie in den Augen der Bevölkerung schädigen müsse. Die Kammer bleibt demgemäß auf ihrem Beschluß stehen. Sekretär Ahnert referirt sodann über die Petition der Gemeinde Engelsdorf, das dortige Ritterlehn betreffend, und beantragt, der 1. Kammer beizustimmen und die Petition zur Kenntnißnahme zu überweisen. Ein von dem Abg. Liebknecht gestellter Antrag auf Erwägung wird mit großer Majorität abgelehnt und der Deputations-Antrag angenommen, dagegen bleibt die Kammer bezüglich der Petition Ritter's in Schönau bei Chemnitz um Erweiterung seiner Befugniß zum Tanzhalten (derselbe Referent) auf ihrem Beschlusse stehen, die Petition der Regierung zur Erwägung zu übergeben. Nach einiger Debatte, an welcher sich die Abgg. Kirbach, Streit und Geh. Regierungsrath von Sendewitz betheiligen, wird schließlich die Petition des Kirchschullehrers Vollprecht in Reichenau bei Zittau um Erhöhung seiner Pension (Ref. v. Sendewitz) auf sich beruhen gelassen.

— Die gestrige Tagesordnung der ersten Kammer enthielt zwei wichtige Berathungsgegenstände, den Bau des Kunstakademiegebäudes und den Gesetzentwurf über die Ausschließung säumiger Abgabenpflichtiger von öffentlichen Vergnügungsorten. Bezüglich des Akademiegebäudes beantragt Ref. Seiler, den Beschlüssen der zweiten Kammer beizustimmen und die Regierung ferner zu ermächtigen, das am Südflügel des projektirten Akademiegebäudes gelegene verfügbare Bauareal nach Bedarf in den Bauplatz einzuziehen und den Neubau nach Süden durch eine einfache Façade abzuschließen. Referent wünscht, daß man die Terrassenmauer nicht monumental ausschmücke, sondern ihr den Charakter eines Festungswalles lassen möge. Zu beklagen sei es, daß die Terrasse durch den sich über sie bewegenden geschäftlichen Verkehr, wie auch durch Anlegung eines Fahrweges nach derselben viel verloren habe. (?) Man müsse dem Platze eine gewisse vornehme Ruhe wahren, das sei aber durch die zahlreichen projektirten Zugänge in Frage gestellt. Frhr. v. Finck bedauert, daß mit den Plänen über das Akademiegebäude nicht auch Prospekte über die in Neustadt zu errichtenden Staatsbauten vorgelegt worden wären, da diese doch in harmonischem Zusammenhang mit den diesseitigen Bauten stehen müßten; er beklagt es weiter, daß die Modelle noch nicht fertiggestellt seien. Befremdlich finde er es, daß man im Jahre 1884 national-französischen Styl für unsere Staatsgebäude anwende. Für Dresden sei es nicht zweifelhaft, daß man hier in Renaissancestyl bauen müsse. Demnach richte er an die Regierung die Frage, ob es nicht möglich sei, in dieser Richtung Aenderungen zu treffen? Mit der Ausführung des Baues habe es keine gar zu sonderliche Eile und man möge deshalb auf Grund des Lipsius'schen Projektes zwischen den bedeutendsten Architekten Deutschlands eine engere Konkurrenz ausschreiben. Graf

SLUB
Wir führen Wissen.